

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

97 (27.4.1921)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschließlich 50 S. Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle mit 1. d. d. Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 1.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 S. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das neue deutsche Angebot

Erklärungen Dr. Simons im Reichstag

Berlin, 26. April. Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. M. eine Note übergeben worden, in der sich Deutschland bereit erklärt, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark im Gegenwärtigen Wert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit entsprechend sind, zum Gesamtbetrag von 200 Millionen Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form ausdrücken:

Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf und wird sich an dieser Anleihe beteiligen. Der Betrag der Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu bezahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage teilzunehmen zu lassen. Um die Restsumme möglichst bald abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Zu dem gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen zu leisten, die geschädigten Staaten zu übernehmen. Deutschland ist ferner bereit, der Reparationskommission als Pfand den Betrag von einer Milliarde Goldmark zur Verfügung zu stellen. 150 Millionen Goldmark in Form von Gold- und Silber-Denari, 350 Millionen Goldmark in Reichsschatungswerten, die längstens innerhalb dreier Monate in Devisen und ausländischen Wertpapieren ausgelöst werden. Gegebenenfalls wäre Deutschland willens, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Festlegung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, den Geldgebern aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben entlastet wird. Deutschland verpflichtet sich, die gutachtliche Entscheidung einer internationalen Sachverständigenkommission über seine Leistungsfähigkeit als bindend anzuerkennen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Vorschläge der Alliierten oder andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwilligst entgegenzunehmen.

Das ist allerdings, was hier angeboten wird und jeder wird sich fragen, ob Deutschland imstande ist, solche Verpflichtungen einzulösen, die über das Angebot in London sogar hinausgehen. Wir glauben es offenherzig nicht. Von unrichtiger Seite wird mitgeteilt, daß der Note der Gedanke zugrunde lag, daß Deutschland sich von den wirtschaftlichen Verpflichtungen des Versailler Vertrages loskaufe, indem es den Gegenwärtigen Wert von 50 Milliarden Goldmark zur Verfügung stellt und diesen Betrag möglichst schnell mobilisiert, um seine Bewegungsfreiheit zurückzuerlangen. Es wird dafür jede erforderliche Sicherheit stellen. Der ganze Vorschlag ist im Kabinett entstanden und beraten worden, die Tätigkeit der Ministerien hat sich lediglich darauf beschränkt, die Formulierung der aus dem Angebot hervorgehenden Folgerungen aufzustellen. Man hat ursprünglich beabsichtigt, den Vorschlag einer besonderen Mantelnote mit beizugeben, ist aber von diesem Gedanken im Laufe der Beratung abgekommen.

Der wesentlichste Punkt, um den es sich bei der Stellung Deutschlands zu den Alliierten handelt, ist die Beurteilung unserer Leistungsfähigkeit. Nach den Schätzungen der Alliierten schwankt sie zwischen zwei und dreieinviertel Milliarden jährlich. Unsere Volkswirtschaftler sind natürlich anderer Ansicht, denn wirtschaftlich ist ein solches Angebot nicht mehr zu begründen. Das kann Frankreich sehr gut an sich selbst beurteilen: Frankreich hat heute 510 Milliarden Schulden, es muß jährlich 50 Milliarden zur Verzinsung dieser Summe aufbringen. Zu diesem Zwecke müssen 60 Proz. der gesamten französischen Produktion herangezogen werden. Das ist eine Unmöglichkeit — in derselben Lage befindet sich auch Deutschland.

Die Regierung muß sich also klar darüber sein, woher sie in den nächsten Jahren die Mittel zur Befriedigung der gegenwärtigen Forderungen hernehmen wird. Nur dadurch kann sie dem deutschen Volke eine Erholungspause verschaffen, die die zu bringenden Opfer einigermaßen löst.

Berlin, 26. April. Die Sitzung wurde um 2 Uhr eröffnet. Zunächst werden zahlreiche kleine Anfragen erledigt. Auf der Tagesordnung steht dann die Besprechung der deutsch-nationalen und unabhängigen

Interpellation über die auswärtige Politik

Außenminister Dr. Simons:

Bevor ich zur Beantwortung der beiden Interpellationen über die auswärtige Politik und ihre Begründung durch die Herren Dittmann und Goetzsch übergehe, habe ich die Ehre Ihnen die Note vorzulegen, die vorgestern abend namens der Reichsregierung dem hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten übergeben wurde. (Der Minister verliest unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die bereits veröffentlichte Note.) Zur Erläuterung der Note darf ich auf die Entwicklung der Reparationsfrage seit der Londoner Konferenz etwas näher eingehen. Der Mißerfolg der Londoner Konferenz beruht in erster Linie auf der Unvereinbarkeit der beiderseitigen Anschauungen nämlich des deutschen Standpunktes über unsere Leistungsfähigkeit auf der einen Seite mit der Höhe der von den Alliierten geforderten Summe auf der anderen. Die Luft war zu groß, um in der kurzen Zeit der Londoner Konferenz überbrückt zu werden. Zudem waren die beteiligten alliierten Regierungen mit dem unentwegten Entschluß auf die Londoner Konferenz gegangen, weitere Schritte von ihren Forderungen nicht zurückzulassen. Ein weiterer Grund des Mißerfolges war die überhäufte Ankündigung der Zwangsmaßnahmen, die jede weitere Beratung der Angelegenheit aufs äußerste erschweren mußte. Die Anknüpfung neuer Verhandlungen mußte versucht werden. Der Reichstag hatte in seiner großen Mehrheit unser Londoner Angebot zu hoch erachtet. Daraus ergab sich für die Regierung, daß die neuen Verhandlungen nicht beruhen konnten auf einer Erhöhung unseres Angebots, sondern nur aus einer veränderten Grundlage. Diese veränderte Grundlage mußte zunächst bei uns gesucht werden und mußte dann durch Vermittler an die Gegenseite herangebracht werden. Was die andere Basis anlangt, so wurden hier doppelte Versuche gemacht; einmal für die Lösung des Wiederaufbauproblems, andererseits aber auch für den Aufbau eines Anleiheprojektes.

Die Frage des Wiederaufbauproblems war sehr erschwert dadurch, daß sich aus den Verhandlungen ergeben hatte, wie stark die öffentliche Meinung in Frankreich sich vor einer Verwendung deutscher Arbeitskräfte in den zerstörten Gebieten fürchtete. Deshalb haben wir zunächst kein Projekt verfolgt, das es uns ermöglichen sollte, ohne Arbeitskräfte nach Frankreich zu schicken, doch die Wiederaufbauarbeit durch eigene Arbeitskräfte so weit zu fördern, in dem Sinne, daß wir sie für den Wiederaufbau Frankreichs nutzbar machen können.

Das war das Projekt der sogenannten *Truppschäfer*. Es ist allerdings noch nicht so weit gediehen, daß man unmittelbar große Erfolge davon erwarten kann; diese werden erst in einigen Monaten erkennbar sein. Ein weiterer Versuch beschäftigte sich mit dem Problem der Generalunternehmungen für das ganze Wiederaufbaugesbiet, das in einer Anzahl Generalunternehmungen geteilt werden soll, welche dann die Wiederaufbauarbeiten an einzelne Unternehmer abgeben. Dieser Plan ist aber bisher noch nicht verwirklicht, weil ihm erhebliche Bedenken entgegenstehen, namentlich solche sozialer und finanzieller Art. Wir dürfen nicht zulassen, daß von deutscher Seite die Reparationskosten dazu verwendet werden, um gewissermaßen neue Kriegsgewinne zu schaffen. Immerhin hat sich herausgestellt, daß in den letzten Monaten ein Umschwung in Frankreich stattgefunden hat. Die Geschäftsgüter selber wandten sich an ihre Vertreter, die in der Kammer für ihre Rechte eintreten und dort ausgeführt haben, daß es doch immerhin besser sei, wenn Deutsche in den zerstörten Gebieten arbeiten, als wenn man die deutschen Arbeiter vorboreiten abweist. Infolgedessen hat die deutsche Regierung auf ihr altes Projekt, das in Spa schon vorgetragen worden war, nämlich die eigene Regie und die Übernahme von Wiederaufbauarbeiten in den einzelnen Städten und Flecken, wieder aufgenommen. Sie hat damals den Alliierten ihre Erfahrungen zur Kenntnis gegeben, die die preussische Regierung bei dem Aufbau Ostpreußens gemacht hat, wo der Wiederaufbau zweckmäßiger und rascher in eigener Regie durchgeführt worden ist. Nachweisungen darüber befinden sich im Besitze der Genner. Die Arbeit, die hier gemacht worden ist, beruht hauptsächlich auf der Tätigkeit der Herren des Wiederaufbauministeriums, die sich bitter darüber bekümmern, daß ihnen von französischer Seite so wenig Hilfe entgegengebracht wird. Darin liegt auch zum Teil der Grundlage dafür, daß die technischen Unterlagen für die Wiederaufbaupläne noch nicht weiter gediehen sind, als es der Fall ist. Wieder ist allerdings die öffentliche Meinung in Belgien und in Frankreich die, daß man nicht Arbeit will, sondern Geld. Es wäre unbedingt ungerath, wenn die Mehrkosten den deutschen Arbeitern aufgebürdet würden.

Die belgischen Gemeindevahlen

Brüssel, 25. April. Am gestrigen Sonntag fanden im ganzen Lande Neuwahlen zu den Gemeinderäten statt. Bei den Wahlen, die auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und nach dem Proportionalwahlrecht vor sich gehen, vertreten die Frauen zum erstenmal aktives und passives Wahlrecht. Nach einer Meldung des Office Belge ist es sehr schwer, die Tragweite der Gemeindevahlen schon heute zu beurteilen. Die Sozialisten scheinen in Antwerpen und Gent zurückgedrängt zu sein, dagegen behaupten sie sich in den Industriegebieten.

Es haben sich nun in bankenswerter Weise die freien Gewerkschaften der Angelegenheit angenommen. Der Abg. Dittmann ist bereits sehr ausführlich darauf eingegangen. Sowohl der internationale Gewerkschaftsvorstand wie auch die freien Gewerkschaften sind in der Wiederaufbaufrage sehr tätig gewesen. Den Dank, den sie sich dadurch vor der ganzen Welt verdient haben, gestatte ich mir ihnen an dieser Stelle auszusprechen. (Bravo links.) Man hat sich nicht dazu entschlossen, die Aufbaupläne mit hineinzunehmen in die Reparationspläne, die die deutsche Regierung gleichzeitig mit der Note an die amerikanische Regierung abgehandelt hat. Die Vorschläge der Gewerkschaften gehen besonders auf die einzelnen Leistungen Deutschlands ein. Es ist bemerkenswert, daß in diesen Vorschlägen unmittelbare Leistungen solcher Art enthalten sind, die der armen Bevölkerung der zerstörten Gebiete wenigstens für die Zeit des härtesten Winters annehmbare Wohnungen beschaffen. Diese Pläne können natürlich erst nach einer Verständigung mit der Regierung der zerstörten Gebiete in die Tat umgesetzt werden. Etwas, das sofort geschehen kann, ist, daß den Interessenten von der deutschen Regierung geeignete Unternehmungen nachgewiesen werden. Wie die Unternehmungen gesüßt werden sollen und insbesondere, die Frage der Bezahlung und Gewerkschaften beurteilt werden soll, ist eine Frage, die der Prüfung durch die beiden gegnerischen Parteien unterliegt. Die Vermeidung übermäßiger Gewinne muß dabei naturgemäß erstrebt werden.

Der zweite Punkt ist sodann die Vorbereitung einer Anleihe. Die Prüssler Finanzkonferenz hat sich mit dem Gedanken der internationalen Anleihe im Winter des vergangenen Jahres in einer Reihe von Projekten beschäftigt, ohne daß das eine oder das andere die Zustimmung der Sachverständigenkammer gefunden hat. Die deutschen Pläne sind im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden. Ich habe verschiedentlich mit den Herren des Finanzministeriums, in der Schweiz, auch mit dem Staatssekretär Permann gesprochen und bin dazu übergegangen, auch die Meinung neutraler Sachverständigen einzuholen. Die Vorschläge des Finanzministeriums verbinden eine internationale Anleihe mit einer nationalen Anleihe. Sie sind nur dann durchführbar, wenn man die Reparationsfragen im einzelnen löst. Ich will mich darauf beschränken, zu sagen, daß wir unter allen Umständen auch innere Mittel in großem Umfang zur Verfügung haben müssen.

In der ausländischen Presse sind Interimsergebnisse erschienen, in denen nur allerlei Neuierungen angedeutet wurden, denen ich aber vollständig fernstehe. Es ist auch nicht wahr, daß wir uns an Regierungen fremder Staaten wegen einer Intervention gewandt hätten. In der Regierung der Vereinigten Staaten sind wir nicht aus Feigheit herantreten, sondern weil wir es für unsere Schuldigkeit hielten. Wir mußten alles versuchen, um die Ausführung der Sanktionen zu vermeiden.

In der deutschen Presse wurde der Regierung vorgehalten, sie hätte sich bei Abfassung der neuen Vorschläge über die Volkvertretung hinweggesetzt. Unsere Haltung war aber durchaus in Übereinstimmung mit dem demokratischen Prinzip. Die Note wurde im Kabinett beraten und ist einstimmig gebilligt worden. Nach sorgfältiger Erwägung aller Möglichkeiten blieben uns nur die in der Note formulierten Vorschläge übrig. Die Finanz- und die Wiederaufbaufragen gehören unlosbar zusammen und können nicht getrennt behandelt werden. Auf die Fragen, die gestern der Abgeordnete Böhmig gestellt hat, werde ich noch im Verlaufe der Aussprache zurückkommen. Deutschland ist zu einer ehrlichen Wiederherstellung bereit, das Unbillige kann aber von ihm nicht verlangt und nicht getragen werden. Aber Not zum Trost wird sich der deutsche Geist nicht niederbringen lassen. Meine Hauptaufgabe erblicke ich darin, zu verhindern, daß wir wieder in kriegerische Gefahren hineintauseln. Wenn wir auch 40 Jahre durch die Wüste wandern müssen, einmal werden wir doch in das gelobte Land der Freiheit kommen.

Nach den Ausführungen Dr. Simons wurde abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Mittwoch nachmittags 1 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung und auswärtige Politik. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Keine Kabinettskrise

Im Anschluß an die gestrige Reichstags-Sitzung fand eine Aussprache der Regierungsparteien statt; in der beschlossen wurde, eine gemeinsame Erklärung des Reichsministers des Innern Dr. Simons abzugeben. In der Erklärung wird, dem *Welt-Vokalanz* zufolge, zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung sich bei ihrer Aktion auch weiterhin auf die Koalitionsparteien stützen könne. Bei den beiden sozialdemokratischen Parteien hat nach Neuierungen der Berliner Wäcker, die Rede des Außenministers einen günstigen Eindruck gemacht, während die Deutsch-Nationalen sich ihr gegenüber ablehnend verhalten.

Erhöhung der Erwerbslosensätze

Die Reichstagsfraktionen der S.P.D. und der U.S.P.D. haben gemeinsam den Antrag eingebracht, der die Grundsätze für die Beschäftigung der Erwerbslosen und Erwerbslosenfürsorge enthält. Es wird u. a. die sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und Vorsehung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau verlangt. Weiter wird eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für männliche Personen über 21 Jahre auf 15 M. und für weibliche Personen auf 13 M. pro Tag gefordert.

Was geht vor?

G. Sch. Berlin, 26. April.

Es kostete uns schwerste Überwindung, in dieser Stunde, in der die Entente, besonders aber Frankreich, im Begriffe steht, die volle Macht des Siegers gegen Deutschland anzuwenden, Vorgänge öffentlich zu behandeln, die leider der Entente weitere Trümpe in die Hände spielen. Der Unabhängige Dithmann hat heute im Reichstage auf Mobilmachungsbestrebungen im Osten Deutschlands aufmerksam gemacht. Herr Dithmann ist, wie auch andere Abgeordnete, heute vormittag in den Besitz von Materialien gekommen, die seinen Behauptungen und Angaben zugrunde liegen. Die Mobilmachungsbestrebungen im Osten seien Vorbereitungen für den Fall, daß am 1. Mai polnische Truppen die deutsche Grenze überschreiten. In den weitesten Kreisen im deutschen Osten fürchtet man schon seit Monaten einen Einfall der Polen. Ob mit Recht, darüber sind die Meinungen geteilt. Offenbar war die Sorge, daß die Polen um die Zeit der Wüstung in Oberschlesien die deutsche Grenze überschreiten werden, unbegründet, denn es wäre ganz offensichtlich vom Standpunkt der polnischen Interessen herabzusehen, sich dem Standpunkt der polnischen Interessen herabzusehen, durch eine bewaffnete Aktion den Krieg aufs neue zu entfesseln und dafür die Schuld auf sich zu nehmen.

Aber, jetzt stehen wir vor dem 1. Mai! Und das Gerücht erhält sich doch hartnäckig, daß falls es am 1. Mai zur Anwendung neuer Ententemaßnahmen kommen sollte, die Polen zur Unterstützung der Ententeaktion im Osten ebenfalls gleich den Franzosen im Westen marschieren werden. Wer die Verhältnisse an der Ostgrenze, besonders in Ostpreußen, Pommern, Schlesien kennt, weiß, daß auch für die übergroße Mehrheit der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande der Gedanke schwer erträglich ist, sich der polnischen Willkür auszuliefern, die auch nicht eine Schranke kennt, wenn sie sich betätigen und ausbreiten kann. So ist in der Tat im Osten der Wunsch ein ziemlich allgemeiner, Waffen zu bekommen und Organisationen zu bilden, mit denen man den Polen entgegenzutreten kann.

Augschichts dieser Stimmung, die ganz systematisch genährt und gepflegt wird, steht zu befürchten, daß bei einem etwaigen Vormarsch der Polen zur Erzielung der Ententemaßnahmen, im Osten nationalistische Elemente es gelingen könnte, die maßgebende Bevölkerung in Bewegung gegen die Polen zu setzen. Ein furchtbares Blutbad wäre die unausbleibliche Folge. Die Polen würden alle Gefangenen, die nicht bestehende militärischen Formationen angehören und mit der Waffe in der Hand kämpfen, einfach als Franktierreue behandeln, die Angehörigen von Selbstschutzorganisationen sicher nicht als Kombattanten ansehen. Und wenn es selbst den Deutschen im Osten eine zeitlang gelingen würde, die Polen zurückzuhalten, so würde das mit Polen gemeinsame Sache machende Frankreich den bemängelten Widerstand im Osten als Kriegsverrat beurteilen und demgemäß sofort im Westen Deutschlands handeln. Welche deutsche Gebiete würden zum neuesten Kriegsschauplatz werden. Das Ende wäre eine neue furchtbare Niederlage Deutschlands. Die Sozialdemokratie ist u. S. verpflichtet, gegen diese Bestrebungen und Vorbereitungen mit aller Entschiedenheit Front zu machen, denn ungeheures Unheil ruft in ihnen.

Nun fallen aber diese Mittelungen mit einer ganzen Reihe anderer zusammen, die die oben erwähnten Vorgänge im Osten in einem ganz besonderen Lichte erscheinen lassen. Es darf als feststehend angenommen werden, daß, außer in Bayern, auch in manchen Teilen der Ostprovinzen sich große Mengen von Waffen im Besitze bürgerlicher reaktionärer Organisationen befinden. So sind bis nach Mitteldeutschland hinein erst in allerletzter Zeit Waffenfunde gemacht worden, deren Größe alarmierend wirken muß. Eine von einer Zentralkommission ausgerichtete, großartig angelegte Organisation scheint die Waffentransporte wie das Verstecken der Waffen zu betreiben. Und sind im Verlaufe des heutigen Tages Tatsachen bekannt geworden, die auf wirklich ernste und große Gefahren schließen lassen.

Die Drahtzieher der Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland, die Herrschaften, die der Republik und der Demokratie ans Leben wollen, sind mit bedeutenden Mitteln und mit einem großen Personalkreis an der Arbeit, einen Staatsstreich vorzubereiten, dessen Ausführung sie bald erwarten als viele besorgte Republikaner fürchten. Und so scheint man auch im

Osten Deutschlands die polnische Gefahr ganz systematisch für die monarchisch-revolutionären Zwecke auszunutzen. Dabei nicht bestritten werden soll, daß unter den ehemaligen Offizieren sich genug tollkühnige Elemente befinden, die in ihrer grenzenlosen Verblendung auch vor einem neuen Krieg im Osten nicht zurückschrecken würden.

Es gehen, wie wir wissen mit allem Nachdruck darauf hin, im Norden und Osten Deutschlands Dinge vor, deren verhängnisvolle Tragweite heute kaum zu übersehen ist. Durch die dauerhafte Tatsache, daß nunmehr in Preußen die Regierung ohne Sozialdemokraten gebildet worden ist, und durch die weitere Tatsache, daß das wichtigste preussische Ministerium, das des Innern, ebenfalls sozialistenfrei gemacht werden konnte, treten die gefährlichsten Befahren nunmehr weit ernster als bisher in Erscheinung. Und in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß es die Deutschnationalen und die Volksparteier bei der preussischen Regierungsbildung von vornherein darauf abgesehen hatten, die Sozialdemokraten aus der Regierung hinauszudrängen. Was ihnen dank des Jentismus und der Demokraten auch gelungen ist, vielleicht auch mit durch taktische Verschüben unserer Leute, gewinnt die reaktionäre Hecke gegen den bisherigen Innenminister Severing eine neue interessante Seite. Genosse Severing, der ganz energisch gegen die reaktionären Maßnahmen vorgegangen ist, war allen Konterrevolutionären tief verhaßt.

In den Ostprovinzen und bis Sachsen hinein sind monarchistisch-konterrevolutionäre Organisationen und Kräfte am Werke, der Reaktion und der Monarchie die Wege zu ebnen — und zwar mit den Mitteln der Gewalt. Und welche Kräfte werden von den Herrschern und Verleumdern der bayerischen Einwohnerwehren zu den organisierten Staatsfeindpropagandisten im Osten laufen? Wir sind inmitten einer furchtbaren Situation, die tatsächlichen Ereignisse und die Zahl und der Umfang der Gefahren ist so groß, daß jeder bei den Waffen eine gewisse Mitumpfung wahrzunehmen ist. Bis dann das Unheil herüberdrosselt. Wir wollen aber rechtzeitig auf das hingewiesen haben, was droht und kommen kann.

Die begnadigte Revolution

Ein Frankfurter Rechtsanwalt G. B. hat sich den köstlichen Witz, den Brünen Wax und die früheren Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landshöfer, Dittmann und Berth wegen Schwereits zu benutzigen, weil sie zu Wilhelm II. Entbindung beigetragen hätten, obwohl die ganze Revolution nach §§ 81 und 82 des Strafgesetzbuchs strafbar sei. Der Oberreichsanwalt wies den Rechtsanwalt ab, der das Reichsgericht anrief. Dieses entschied, daß die Angeklagten sich in der Tat des Schwereits schuldig gemacht hätten, aber ihre strafbare Handlung solle unter der Amnestie des Volksbeauftragten und könne daher nicht verfolgt werden. Es ist nur ein Witz, daß die Volksbeauftragten so vorkühn waren, sich selbst zu begnadigen. Wer weiß, zu wieviel Jahren Kerker das Reichsgericht sie hätte verurteilen müssen, wenn sie nicht so vorkühn gewesen wären, sich dieser juristischen Konsequenz der Weltgeschichte zu entziehen?

Vervierfachung der Biersteuer

Durch die gesamte Presse ging kürzlich die Nachricht, daß die Reichsregierung sich mit dem Antrage einer Vervierfachung der bisherigen Biersteuer beschäftigt. Es soll diese Vervierfachung der Reichsregierung auf ein Verlangen der Entente als erste zurückzuführen sein. In den Ententeländern will man herausgefunden haben, daß die alkoholhaltigen Getränke in Deutschland geringer besteuer sind als in Frankreich, England und anderen Ländern der Entente; infolgedessen müssen die Getränkesteuern in Deutschland den Steuern dieser Art in den Ententeländern angepaßt werden. Nun enthält tatsächlich der Versailleser Vertrag eine betreffende Vorrichtung, bezw. wurden deutscherseits in Brüssel dahingehende Zusicherungen gegeben.

Nach einer Berechnung der Brauereibesitzer würde die Vervierfachung der Brauereierlöse eine Erhöhung des Bierpreises von 50 Pfg. für das Liter zur Folge haben. Die Landtage können die Erhöhung der Biersteuer nicht ver-

hindern, die Entscheidung über die Steuererhöhung steht dem Reichstag zu. Dandelt es sich bei der Steuererhöhung um ein Defizit der Entente, so wird auch der Reichstag bezw. die Reichsregierung einen schweren Stand haben, wenn die Erhöhung der Steuer hintanhaltet oder eine mögliche Erhöhung der Steuer durchsetzen will.

Die Erhöhung der Biersteuer würde zum weitaus größten Teil die Konsumenten, in ihrer überwiegenden Mehrheit Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, Handwerker, Angestellte, Beamte usw. treffen. Deshalb wünschen wir, daß es gelingen möge, die Steuererhöhung abzuwehren.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Die Kommunisten behaupten bekanntlich, daß sie gar nicht daran denken, die deutschen Gewerkschaften zu zerbrechen. Sie begünstigen vielmehr die Freie Gewerkschaften dieser Spaltungsart. Diese Verdrängung der Taktiken leisten sich die Kommunisten mit dem ruhigen Bewußtsein der Welt, schätzlich ohne daran zu denken, daß ihre Anhänger fortgesetzt Sonderkonferenzen einberufen und durch die Leitende der Moskauer Internationalen dazu verpflichtet sind, vor der Spaltung der Gewerkschaften nötigenfalls nicht zurückzutreten. Ein Beweis dafür, wie sie die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten gedenken, liefern die Kommunisten des Saargebietes. Diese haben in Konsequenz ihrer bisherigen Tätigkeit eine Kommunistische Gewerkschaftszentrale für das Saargebiet geschaffen und Verhaltensregeln für die kommunistischen Gewerkschaftler herausgegeben. Nach diesen sind überall kommunistische Fraktionen gebildet, die in ihrer Gesamtheit eine Zentralstelle wählen, denen übergeordnet eine Unterbezirkszentrale und die Hauptzentrale in Saarbrücken ist. Um diese selbständigen Organisationen lebensfähig zu erhalten, ist jeder kommunistische Gewerkschaftler, soweit er Fraktionsmitglied ist, verpflichtet, einen Wochenbeitrag von 50 Pfg. zu leisten.

In diesem Falle werden die Spaltungsabsichten der Kommunisten so offenkundig, daß einige kommunistische Gewerkschaftsangehörige eine umfangreiche Erklärung abgegeben haben, in der sie von dieser Sonderorganisation abtrüben und ihre Kollegen vor der Erwerbung der Mitgliedschaft warnen, daß dieser Schritt die Spaltung sei, zu der kein Kommunist seine Hand bieten dürfe.

Wir wissen nicht, ob diese Erklärung ehrlich gemeint oder nur Scheuerei ist. Auf keinen Fall aber kann sie die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften die Wirkung hat, daß sich komplette Sonderorganisationen in den Gewerkschaften bilden und somit die Spaltung der Arbeiterorganisationen automatisch folgt. Es fragt sich nur, ob die deutschen Arbeiter in ihrer Besamtheit gewillt sind, sich die Entwaffnung durch die Kommunisten gefallen zu lassen.

Badische Politik

Ein Freund der deutschliberalen Volkspartei

Man schreibt uns: Der Mangel besserer Mitarbeiter bringt die volksparteiliche „Badische Post“ in Heidelberg einen Artikel des ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Professor Dr. Paul Lenz, der sich seit längerer Zeit aufgemacht zu den Altsocialisten „durchgerungen“ hat. Als Weisheit letzter Schluss verkündet nun der ehemalige Sozialist und nunmehrige Altsocialist folgende von ihm gemachte mit den Tatsachen allerdings in Widerspruch stehende Feststellung:

Die Sozialdemokratie als politische Partei macht jetzt die schwere Entdeckung, daß sie viel zu wenig die bewußte Vertretung und Betonung nationaler Interessen den rechtsstehenden Parteien überlassen hat. Sie hat Angst vor dem Nationalismus, und da ihre Partei gewohnheitsgemäß und aus Reaktionsbedürfnis jeden Patriotismus als Dämonen, näselnden Monstern und sonstigen Schieber hingestellt habe und niemals ein anerkennendes Wort für die Tätigkeit sozialistischer Patrioten übrig hatte, falls diese in einem anderen politischen Lager fanden, so ist jetzt ihre Stellung nicht ohne Schwierigkeit.

Wie bereits gesagt, entspricht diese Behauptung ganz und gar nicht den Tatsachen. Denn die sozialdemokratische Partei hat nicht nur in der Gegenwart, wo sie der Träger des deutschen Staatsgedankens überhaupt ist, sondern auch in der Vergangenheit bei aller Opposition gegen den damaligen halbsozialistischen Klassenstaat bewiesen, daß sie nationale Interessen mit der vollen Energie von Gut und Mut zu wahren bereit ist.

Die Frauen, die der Toten das Geleit gaben, trugen schwarze Mantelkragen mit zurückgeschlagenen Kapuzen. In der Hand hielten sie eine große brennende Kerze. Unter diesen ewig wiederholten Gebeten, dem Licht der Kerzen, dem feinen Geruch des Waches und der Priesterkleider fühlte Karl seine Kräfte schwinden. Er war nahe daran, ohnmächtig zu werden. Es wehte ein frischer Wind, die Regen- und Wapfelder grünten, Lautröpfen zitterten an den Weidhornzweigen am Wege, allerlei fröhliche Laute erfüllten die Luft; hinten knarrte eine Karre über den Weg. Kühne trahen, ein füllender galoppierte unter den Apfelbäumen umher. Köstliche Wälder schwammen in dem reinen Himmel. Bläuliche Dampfstrahlen schoben über den Strohdächern. Karl kannte jeden Hof und erinnerte sich, wann er einmal da und dort einen Kranken besucht und ihn wieder verlassen hatte, um zu Emma nach Hause zu gehen.

Das schwarze, mit silbernen Tränen bestreute Tuch flatterte manchmal im Winde empor und ließ den Sarg sehen. Die ermüdeten Träger verlangsamten ihre Schritte, und stöhnte nur kam die Bahre vorwärts, wie eine Schale auf ungleichen Wellen.

Endlich war man angelangt. Die Träger schritten bis zu der Stelle auf dem Rasen, wo das Grab gegraben war. Man grupperte sich in die Reihe, und während der Priester die Gebete hielt, rieselte unablässig der feine rote Sand in die Grube hinab.

Als man die vier Stride in Ordnung gebracht hatte, ließ man den Sarg herab. Karl sah sie sinken, er sank tiefer und tiefer. Dann hörte man ein „Stöhnen“. Die Stride wurden in die Höhe gezogen. Wournissen nahm die Erde von der Schaufel, die ihm Selbstboudis reichte. Während er mit der rechten Hand das Grab besprenzte, warf er mit der linken eine große Erdscholle hinein, und vom Holz des Sarges sang jener schauerliche Ton zurück, der wie ein Widerhall aus der Ewigkeit erklingt. Dann reichte der Geistliche den Ehrenwedel seinem Nachbar. Das war Herr Homais. Dieser bewegte ihn würdevoll und reichte ihn dann Karl hin. Der war fast bis zu den Knien in die lockere Erde eingesunken. Er sprengte mit beiden Händen und rief: „Wieu! Wieu!“ Er schickte Emma Küsse nach und schlepte sich bis an den Rand der Grube, wie um sich mit ihr begnadigen zu lassen.

Man führte ihn fort, und er beruhigte sich auch bald. Vielleicht empfand er wie alle anderen eine dumpfe Befriedigung in dem Gefühl, daß nun alles vorbei sei.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

Dann glaubte er wieder bestimmt, daß sie tot sei. Lag sie da nicht auf dem Rücken mitten auf der Landstraße? Er zog den Hügel an, und die Halluzination verschwand.

In Quincampoix trank er drei Tassen Kaffee nacheinander, um sich Mut zu machen. Dann hielt er es für möglich, daß sich der Schreiber des Briefes im Namen getäuscht hatte. Er fühlte den Brief in seiner Tasche, wagte aber nicht, ihn zu lesen.

Schließlich kam er sogar so weit, sich mit der Vermutung zu trösten, die Nachricht sei vielleicht nur ein schlechter Scherz, ein Nachschick, den sich jemand mit ihm erlaube. Wenn sie tot wäre, müßte man das nicht irgendwie merken? Aber nein! Niemand sah er etwas Ungeordnetes. Der Himmel war blau, die Bäume wiegen sich hin und her, eine Schafherde zog vorüber. Dann sah er den Fleder von weitem und stürzte vorwärts, seit ganz auf dem Pferde liegend, das er peitschte und dessen Flanken von seinen Schwären blühten.

Als er wieder zu sich gekommen war, sank er weinend in Bovarys Arme: „Meine Tochter! Emma! Mein Kind! So sage mir doch...“

Und Bovary erwiderte unter Schluchzen: „Ich weiß nichts, ich weiß nichts! Es ist ein Verhängnis!“

Der Apotheker trat zwischen die beiden. Es ist ja unnütz, die schredlichen Einzelheiten noch einmal zu erzählen. Ich werde dem Herrn alles mitteilen. Da Louwain Leute! Neht Haltung, meine Herren, Würde! Philosophische Fassung!“

Der arme Bovary wollte stark erscheinen und wiederholte mehrmals: „Ja... Wuu! Wuu!“

„Gemein!“ stimmte ihm der gute Alte bei, „ich werde Mut haben. Ich werde alles heruntergeschulden, heiliges Donnerwetter nach mal!“

Die Glocken läuteten. Alles war bereit. Man mußte aufbrechen.

Sie sahen nebeneinander auf einer Chorbank und hörten den Organen zu. Wournissen, in den kostbarsten Gewändern, sang mit scharfer Stimme. Er verbeugte sich vor dem Tabernakel, erhob die Hände, breitete die Arme aus. Selbstboudis schritt mit seinem langen Küstlerstab durch die Kirche. Der Sarg stand vor dem Evangeliumpult, zwischen vier Reihen von

Kerzen. Karl empfand plötzlich die Lust aufzustehen und sie auszulöschen.

Dann versuchte er, sich zur Frömmigkeit zu zwingen, sich in die Hoffnung auf ein zukünftiges Leben, in dem er Emma wiedersehen würde, einzuwiegen. Er stellte sich vor, sie sei betrunken, weit fort, seit langem. Dann aber mühte er wieder daran denken, daß man sie gleich in die Erde verschmoren werde, und es sagte ihm eine namenlose, finstere, verarmte Wit.

Manchmal glaubte er nichts mehr zu fühlen und schalt sich doch, während er sich dem Gefühl der Schmerzlosigkeit überließ, einen Clebden.

Man hörte das regelmäßige Aufgehen eines eisenschlagenden Stodes auf die Steinfliesen. Es kam vom Eingang der Kirche und hielt vorn in dem Seitenschiff an. Ein Mann in großer, brauner Jacke nielte mühsam nieder. Das war Hippolyte, der Stallknecht aus dem „Goldene Löwen“, der heute sein gutes Wein angelast hatte.

Einer der Sänger ging sammelnd durch die Kirche. Hart und laut fiel jedes Soutänd auf den silbernen Teller.

„Reisen Sie sich doch, das ist ja nicht zu ertragen“, rief Bovary und warf ihm jörnig ein Fünffrankenstück hin.

Der Mann dankte mit einer tiefen Verbeugung. Man sang, man tunkte nieder, man stand wieder auf — sollte das denn gar kein Ende nehmen? Es fiel Bovary ein, daß er und Emma in der ersten Zeit einmal zusammen die Messe gehört hatten. Draußen an der Wand hatten sie nebeneinander gekniet. Jetzt hing die Glocke wieder an zu läuten. Mit lautem Geräusch wurden Stühle gerückt. Die Wächterträger schoben ihre Stangen unter den Sarg. Man verließ die Kirche.

Justin stand auf der Schwelle der Apotheke. Als er den Zug erblickte, wurde er plötzlich ganz blaß und ging wankend hinein.

Viele Leute standen an den Fenstern, um das Begräbnis zu sehen. Karl schritt voran und hielt sich krampfhaft gerade. Er zwang sich zu einer tapferen Miene und grüßte einige von denen, die sich am Wege aufgestellt hatten, am Eingang der Nebenstraße aber unter ihren Haustüren.

Die sechs Männer, die den Sarg trugen, gingen mit langsamen keinen Schritten und schauten schon ein wenig. Die Priester, der Sänger und die beiden Chornadler registrierten das oder leiser, wie Wellen kommen und schwinden. Manahmal bei einer Begräbnung verschwanden sie ganz, aber immer schimmerte das große silberne Kreuz zwischen den Bäumen durch.

wenn sie sich auch mit aller Entschiedenheit gegen nationalis-

Anders verhält es sich allerdings mit dem Kronzeugen und

So will es die Ironie des Schicksals, daß gerade diejeni-

Die Wahlen zur badischen Landwirtschaftskammer. Vor

Die deutsche Postkarte in Schaffhausen. Wie die „Karlsru-

Soziale Rundschau

Tagung der Gesellschaft für soziale Hygiene

Die Gesellschaft für soziale Hygiene hielt am Sonntag im

Volkstheater und Landes-theater

In letzter Zeit kamen aus Kreisen der Volkstheaterbesucher

Der Vertrag zwischen Volkstheater und Landes-theater kam

Küsstet zur Maifeier!

Nur noch kurze Zeit trennt uns vom Maifest, das das

Demonstriert am 1. Mai für den Achtstundentag, den

Demonstriert für die sozialen Fortschritt, der überall

Demonstriert für die Volkskultur, die noch in den An-

Demonstriert für die Demokratie, deren Feinde sich

Demonstriert für den Sozialismus, der alles für alle

Demonstriert für die Völkerverständigung, damit die allen

In allen Orten muß die wertigste Bevölkerung rufen,

daß die heutige Verfassung den Bestrebungen der Gesell-

Der Direktor des Hygienischen Instituts zu Freiburg,

dußet werden! Die Leitung der V.B. ist voll im Recht,

Badischer Kunstverein.

Im großen Saal des Kunstvereins empfängt uns die

Badisches Land-theater

Erstaufführung: „Der neue Papa“. Schwan v. Robert Bärner

Wie zahle ich meine Einkommensteuer?

VI. Der Grundbesitzer

Die Novelle zum Einkommensteuergesetz hat für den Grund-

Wie bei allen Einkommensarten dürfen auch bei der

Steuererklärung aus dem Grundbesitz die „zur Erwerbung,

Wie bei der Ausfüllung dieser Fragen die Abschreibungen (ein-

Es dürfte im übrigen für den Grundbesitzer zweckmäßig

Es dürfte im übrigen für den Grundbesitzer zweckmäßig

Der „Heiland vom Hohe“ vor Gericht

Wegen religiöser Wahnansicht freigesprochen

Kunsthaus Sebald

A. F. Bähringer gibt der jetzigen Ausstellung bei Sebald

Kunsthaus Sebald

A. F. Bähringer gibt der jetzigen Ausstellung bei Sebald

Zweibrüder Strafkammer der als „Heiland vom Fere“ in weiten Kreisen bekannte, verhaftet vorgeführte fröhliche Schmiederei **Emil Weibold** wegen Beschimpfung einer christlichen Kirche zu verantworten. Der Angeklagte, bis über die Schultern hängende Locken und einen großen Bart tragend, diente während des Krieges auf einem deutschen Schlachtschiff und machte in Cuxhaven die Revolution im Soldatenrat mit, von wo er nach Virmajens zurückkehrte, um schließlich als Schüler des bekannten sächsischen „Propheten“ **Hauker** in Virmajens als **Buchhändler** und **Wahrheitskämpfer** an die Öffentlichkeit zu treten. Zeitungsartikel und Plakate luden für den 4. Februar ds. Js. zu einer Volksversammlung in die Virmajener Turnhalle ein, wo trotz Eintrittspreisen von 5 und 2 M sich über 1200 Personen einfanden. Die „**Erwählungsrede**“ des neuen Propheten bestand zum großen Teil aus derben Schimpfwörtern auf die Kirche, die Pfaffen und kirchliche Einrichtungen. Es kam schließlich zu einem großen Tumult, Diskussionsredner traten auf, die Urteile wurden schließlich so groß, daß die Schuttmannschaft einreifen mußte. Die Schimpfungen richteten sich besonders gegen die katholische Kirche, die Mutter Gottes usw. Weibold ging nach seiner Heidenat über den Rhein, wo er am 17. März ds. Js. zu Stuttgart auf Antrag des Amtsgerichts Virmajens festgenommen wurde, wegen er telegraphisch Beschwerde beim Reichsgericht einlegte und Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gegen das Amtsgericht stellte. Es half ihm aber nichts, er wurde nach Zweibrücken verbracht und nun vor den Strafrichter gestellt.

Bei Feststellung seiner Personalien bemerkte er, „Weibold“ ist mein weltlicher Name, jetzt heiße ich **Wahrheit**, denn ich bin die Wahrheit!“ Die Frage nach dem Beruf wurde folgendermaßen beantwortet: „Ich habe den höchsten Beruf, den es je auf Erden gegeben hat und der am notwendigsten ist, ich habe die Wahrheit als Beruf.“ Niemals habe er eine Kirche beschimpft, weil es keine gebe, die jetzigen seien nur Götzenbilder. Jener Mann vor 1900 Jahren habe nicht befohlen, Kirchen zu bauen, sondern anständige Menschen zu erziehen. Seine Worte könne ihm niemand nachreden, denn er sei rein, aus dem Munde eines Unreinen aber würden sie wie Schmutz wirken, aus seinem eigenen aber wie Gold und Perlen. Nicht die unter Anklage stehenden Worte habe er gebraucht, sondern gebouert, angeklagt und gerichtet. Auf eine Frage des Vorsitzenden bemerkt er weiter: „Meine äußere Person ist vollkommen tot, ich lebe längst nicht mehr, meine Person ist schon lange gestorben, ich selbst habe sie zu Grabe getragen. In dem Augenblick, in dem ich den letzten Atemzug aus mir aushauche und Gott in mich aufnehme, lebe ich nur noch geistig. Gott hat mich dann aufgefressen, vor die Welt hingetragen und die Sünder, die noch Erlösung dürsten und nach Wahrheit ringen, wieder zu anständigen Menschen zu machen.“ Ein entschiedener Gegner der U.S.P., Kommunisten und Sozialisten ist er auch, weil er während der Rätezeit in Cuxhaven erkannt hat, daß um ihn „alle Lumpen“ waren, sodas er mit Verachtung abgog. Auch Richter erkennt er nicht an, es gebe keinen, der ihm ins Auge sehen könne und der lediglich Richter des Rechtes wegen sei. „Es gibt keinen, der mich richtet“, beteuert Weibold, „denn ich bin der König und Richter aller Richter. Für mich existieren keine Gesetze, ich bin das Gesetz, alles, was ich rede, verantwortet ich! In dieser Tonart, die mit nicht wiederzugehenden Schimpfwörtern auf Schwarz und rote Pfaffen“ untermischt war, ging es bis zum Schluß der Vernehmung weiter. Als Sachverständiger erachtete Landgerichtsrat Dr. Haber den Angeklagten als an religiösem Glauben leidenden, auf den der Par. 51 des S.G.B. anwendbar sei; eine eigene Beobachtung in einer Irrenanstalt sei überflüssig. Der Anklagevertreter beantragte eine derartige Beobachtung. Weibold erklärte, daß er nicht wahnsinnig sei und freiwillig sich jederzeit auf seinen Geisteszustand unterziehen lassen wolle. Entsprechend dem Antrag der Verteidigung sprach das Gericht den Angeklagten schließlich unter Ablehnung des Strafantrags frei, da es die Überzeugung gewonnen habe, daß Weibold in einem Zustand der Geistesstörung ist, der seine freie Willensbestimmung ausschließt.

Gerichtszeitung
Schwurgericht Karlsruhe

§ Karlsruhe, 25. April. In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts, die von Landgerichtsrat Angerer geleitet wurde, wurde über drei Anklagesachen verhandelt. Die erste richtete sich gegen den Schriftsteller **Paul Burkerdt** aus Wien und gegen den Kaufmann **Eugen Vetter** wegen

Urkundenfälschung, Betrugs und Amtsanmaßung. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Könnberg, Verteidiger die Rechtsanwälte Dr. Häfelin und Geier. Burkerdt und Vetter hatten bereits früher einmal eine „**Sache**“ zusammengemacht, bei der sie sich in Besitz von 750 000 M in deutscher Kriegsanleihe zu setzen versuchten. Nach Angaben des Burkerdt war dieser nach Berlin und Magdeburg gekommen, weil infolge einer Reise nach Forstheim wo ihm ein angeblicher Fabrikant mitgeteilt hatte daß er seine Geschäfte auflösen und nach Wien übersiedeln wollte er seine Stelle in Wien verloren hatte. Von Berlin aus kam er nach Karlsruhe und hier teilte ihm Vetter mit, ein Unbekannter habe ihm gesagt, bei einer hiesigen Polin befänden sich 450 000 russische Goldrubel, die die Dame zu Spionagezwecken für Sowjetrußland erhalten habe. Vetter bat den Burkerdt, diese Summe mit ihm zusammen bei der Polin zu beschlagnehmen. Zu diesem Zwecke gaben sich die beiden als Kriminalfahndleute aus. Den Ausweis als Polizeibeamte fälschten Burkerdt und Vetter, nachdem sie sich die dazu notwendigen Formulare von einem Druder in Kirchheim bei Heidelberg hatten herstellen lassen. Am 17. November begaben die beiden sich dann zu der Polin, erklärten ihr, daß sie die 450 000 Rubel beschlagnehmen müßten, die die Frau von der russischen Regierung zu Spionagezwecken erhalten habe. Die Frau erklärte, sie habe kein russisches Geld im Besitz. Darauf nahmen die angeblichen Kriminalbeamten eine Hausdurchsuchung vor, die lediglich etwa 100 M in Geld und einige Franken französisches Geld zutage förderte. Dieses Geld beschlagnahmen sie und verkauften es später für 2700 M. Dabon erhielt Vetter 2000 M und Burkerdt, der den Verkauf besorgt hatte, behielt 700 M für sich. Vor Gericht waren beide geständig. Das Schwurgericht verurteilte im Sinne der Anklage den Burkerdt zu 2 Jahren Gefängnis und den Vetter zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis abzüglich 10 Wochen Untersuchungshaft. Die Ehrenrechte wurden beiden auf 5 Jahre aberkannt.

Der **Waldarbeiter Karl Josef Nöle** aus Oos war im Jahre 1919 in das Freikorps **Diebstahl** eingetreten und war in Schwabach wegen Minderleistung zu einer längeren militärischen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Aus dieser Haft entkam er durch Flucht und fand deshalb wegen

Selbstbefreiung, verführter Bahnentzug und Angriff auf einen Posten

vor dem Schwurgericht. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Häfelin, machte jedoch geltend, daß Nöle zur Zeit der Begehung der Tat kein Soldat mehr gewesen wäre, da in den Werbungslisten der Freikorps gestanden hätte, derjenige, der sich einer strafbaren Handlung schuldig machte, werde entlassen. Infolgedessen sei Nöle durch seine Befreiung wegen der Minderleistung aus dem Weerdienst ausgeschieden. Das Gericht kam zu einem Freispruch, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage verneint hatten. Die Anklage war von Hilfsstaatsanwalt **Heinsheimer** vertreten worden.

In der **Nachmittagsitzung** wurde gegen den **Tagelöhner Hans Wilhelm Kahl** aus Aue bei Durlach wegen **Raubes und Erpressung** verhandelt. Kahl hatte zwei Komplizen, die bereits vom letzten Schwurgericht verurteilt wurden, darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei einem 75jährigen Landwirt in Aue einen Einbruch verüben könnten. Er war dann während diese in die Bekleidung des Landwirts eingedrungen waren und den Mann durch einen Anstoß, den sie ihm in den Mund stießen, zum Schweigen gebracht hatten, Schmeizer gestanden. Den Räubern war eine Summe von etwa 1000 M, eine Uhr mit Kette und anderes in die Hände gefallen. Von dem Gelde erhielt Kahl 130 M. Wegen Raubs und Erpressung wurde er heute dem Spruche der Geschworenen gemäß zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Anklage wurde von Staatsanwalt Dr. Stoder vertreten, Verteidiger war Rechtsanwalt **Richard Haas**.

Bewerkschaftliches

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten im Jahre 1920

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten verbandt seinen Jahresbericht über das Jahr 1920. Aus der umfangreichen Schrift ist zu entnehmen, daß in dieser größten und anerkanntesten rührigen freigewerkschaftlichen Organisation aller Techniker im Vorjahre eine fällige gewerkschaftliche Arbeit, und zwar nicht nur im Interesse der direkt beteiligten Mitglieder, sondern darüber hinaus auch im Interesse der gesamten Arbeitnehmererschaft geleistet worden ist. Durch seine intensiver gewerkschaftliche Arbeit hat der Bund erhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse der technischen Angestellten und Beamten erreicht. Nicht weniger als 200 Tarifverträge wurden im Jahre 1920 von ihm abgeschlossen; in 18 Fällen mußte dabei zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung, gegriffen werden. Das Unbefriedigte zwischen der Bundesleitung und der Mitgliedschaft bildete die „**Deutsche Techniker-Zeitung**“, die seit Mitte des Jahres achtwöchentlich mit fünf Fachgruppenblättern erscheint. Besonders hervorzuheben sind die großzügig ausgebauten gewerkschaftlichen Wohlfahrtsvereinigungen. Von der Reichscharitabteilung wurden über 500 000 M an Gehältern und 47 Beugnisse erstritten. Für Stellenlosen, Streik-, Gemahngeldern, Koffall- und Hinterbliebenen-Unterstützung wurden über 730 000 M aufgewandt. Diese hohen Unterstützungssummen sind ermöglicht durch die großzügige Beitragsreform, die der Bundestag Mitte des Jahres vorgenommen hat und durch die auch die Mittel geschaffen wurden, die gewaltige Fälle an gewerkschaftlichen Arbeiten zu erledigen und trotzdem einen Vermögenszuwachs von über 1 1/2 Millionen Mark zu erzielen. Trotz Beitragsverhöhung und ständiger Angriffe von rechts und links wurde der Mitgliederbestand gehalten. Er betrug Ende des Jahres 93 652 ordentliche Mitglieder und 8205 Hospitanten (Schülermitglieber). Die Zahl der Ortsverwaltungen vermehrte sich von 675 auf 828, die sämtlich ehrenamtlich geleitet werden. Im Reich untersteht der Bund am Ende des Jahres 22 Geschäftsstellen.

Gemeindepolitik

Dürmersheim, 19. April. Gemeinderatssitzung. Die Straße von Dürmersheim nach Au a. Rh. soll weiter vom Kreis unterhalten werden. — Eine Rechnung des Schuldieners von 112 M für Aushilfe beim Reinigen der Schulstraße wurde auf Widerspruch angewiesen. — Bei der letzten Langholsversteigerung wurde durchschlüssig pro Festmeter 213 M erzielt. Die Versteigerung wurde genehmigt. — Die Rechnung für Instandsetzung der Wohnbarade des Max Schläger wurde mit Ausnahme von einem Posten ebenfalls genehmigt. — Das Portoverzeichnis des Gemeinderatsschreibers für Einzug auswärtiger Anlagen wurde von 60 auf 120 M erhöht. — Wegen Beschaffung von Diplomen für die freiwillige Feuerwehr für 25 bzw. 50-jährige Dienstzeit hat der Gemeinderat nichts einzuwenden, ebenso gegen das Gehalt des Kommandos und Beschaffung von 3 Offiziershelmen. Laut Versteigerung des Bezirksamts sollen fünf Jahrgänge und zwar von 20 bis 25 Jahren zur Dienstleistung bei der Hilfsfeuerwehr herangezogen werden. — Die Erstellung eines neuen Kamin im Armenhaus soll vergeben werden. — Eine Besondere des Wäldermeisters **Wahmer** um weitere Zuneigung von Nachhol wurde abgelehnt. — Bei zukünftigen Gemeindegüter-Verpachtungen sollen nur Bedürfnisse zugelassen werden. — Dem Gehalt des Konditors **Jurek** um Gehaltserhöhung auf dem Wäldermeier Platz wurde stattgegeben und pro Jahr 50 M festgesetzt. — Durch das Erhalten von zwei Transformator-Dauer wurden für fünf gefällte Bäume 1130 M geschätzt und mit Einverständnis an die betreffenden Eigentümer ausbezahlt.

Gonshausen, 23. April. Die Bürgeranwaltschaftung am 21. ds. Ms. hatte 2 Punkte zu erledigen. Die erste Vorlage betraf die Friedhofordnung, die zweite ein Gutachten von 29 000 M, das das Reich der Gemeinde für Kriegsunterstützung nachschuldig. Der erste Punkt löste eine lebhafteste Debatte aus; der Gemeinderat hatte beschlossen, daß für Familienväter für den Quadratmeter 100 M an die Gemeindefasse zu entrichten sind. Es wurde der Antrag gestellt, den Betrag auf 250 M für den Quadratmeter zu erhöhen. Für ein Einzelgrab, das an der Reihe zur Ausgrabung sei, dessen Erhaltung von den Angehörigen aber verlangt werde, sollen 200 M erhoben werden. Die Ausführungen aller Redner bewegten sich im Sinne des Antrags, der dann auch einstimmig angenommen wurde. — Die zweite Vorlage wurde ohne Debatte in der Fassung wie es die Reichsregierung vorschlagen hat, angenommen. Die Gemeinde nimmt das Geld bei der Sparkasse Breiten auf, das Reich zahlt 4 1/2 Prozent Zinsen und 1 Prozent Zinsen Amortisation. — Es wurde sodann noch angefordert, wie es mit den Zigeunern und den sonst herumziehenden Leuten gehalten werde, die oft 14 Tage lang in ganzen Karawanen die Ortsbewohner belästigen und die Gegend unsicher machen. Der Bürgermeister antwortete, daß er bei der Ortsbefestigung dem Oberamtmann die Sache schon mitgeteilt habe, aber bis jetzt noch keinen Bescheid erhalten habe. Nach eingehender Beratung kam der Bür-

gerausschuss zu dem Beschluß, wenn der Zigeunerplage nebst dem andern herumziehenden Schiebergeschlecht nicht Einhalt getan werde, sich die Gemeinden aufzumenschließen sollen, um gemeinsam bei den maßgebenden Stellen vorzugehen, damit Hilfe geschafft wird.

Die drohende Arbeitslosigkeit

Die Handelskammer Karlsruhe hatte auf Anregung des Ortsausschusses Karlsruhe des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes auf letzten Freitag zu einer Sitzung eingeladen, in der die Frage einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge zur Besprechung kam. Neben den Vertretern der Handelskammer und der Gewerkschaften waren auch das badische Arbeitsministerium, die Generaldirektion der Reichseisenbahnen und die Stadtverwaltung vertreten. Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen den Wunsch aus, daß mit allen Mitteln versucht werden möge, neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, damit die Zahl der Arbeitslosen, die jetzt schon 2500 in Karlsruhe betrage, vermindert werden könne. Sie boten auch dar, von weiteren Entlassungen abzusehen, selbst wenn aus den Unternehmungen keine Gewinne mehr herausgewirtschaftet werden könnten und die Reserven aufgebraucht werden müßten. Staat und Gemeinden müßten durch Erteilung von Aufträgen und Inangriffnahme neuer Projekte auch das Jähre zur Befähigung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Von der Unternehmenseite wurde darauf hingewiesen, daß neben den Sanftionen, die bereits eine Störung im Wirtschaftsleben hervorgerufen haben und bei längerer Dauer auch eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben müßten, vor allem drei Ursachen für die ungenügende Beschäftigung der badischen Industrie und die jetzige Arbeitslosigkeit in Betracht kommen, nämlich die ungeheure Verteuerung der Frachten, das Fortbestehen der Zwangswirtschaft und die Steuerpolitik. Die Frachterhöhung der Kohlen und Fertigprodukte machen die badischen Unternehmungen auf vielen Gebieten konkurrenzunfähig. Die Ueberverste der Zwangswirtschaft in Gestalt der Preisprüfungsstellen erschweren der Industrie gleichfalls die Betätigung. Von geradezu katastrophalen Wirkungen aber könnte die Annahme des badischen Ertragssteuergesetzes, wie es z. B. dem Landtag vorliegt, werden. Auch die ganze bisherige Reichssteuerpolitik, die eine Wegsteuerung des Kapitals mit sich brachte, sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen.

Die Vertreter der Generaldirektion konnten den Beginn weiterer Bahnarbeiten sowie die Vergabe von Aufträgen zur Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen sowie von Instandsetzungsarbeiten an die Industrie in Aussicht stellen. Auch wurde bereits ermoget, ob nicht Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge z. B. für den Bahnbau Linsenkheim-Nußheim verwendet werden könnten. Man trägt sich auch mit der Absicht, die **Karlsruhe-Anlagen** in weiterer Ausdehnung in Angriff zu nehmen und die Arbeiten zur weiteren Ausbuchtung der badischen Wasserkräfte alsbald zu beginnen.

Der Vertreter der Stadtverwaltung Karlsruhe wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß das Reichsgesetz über die Wohnabgabe schnellstens zur Beratung gelange. Ohne die Wohnabgabe sei die Stadt außer Stande, das Baugeschehen weiter zu unterstützen, da ihr nur dann von den Geldgebern weitere Kredite eingeräumt werden, wenn deren Tilgung und Verzinsung durch die Wohnabgabe sichergestellt sei. Die Stadtverwaltung hat weiter die Eröffnung eines großen Industriegebietes bei der **Waldenburgerstraße** und die Erstellung des fünften **Ostentandes** in Aussicht genommen.

Die Verammlung beschloß die Einsetzung eines **kleinen Ausschusses**, dem Vertreter der Behörden sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören werden und der die Aufgabe haben soll, praktische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in die Wege zu leiten.

Aus dem Lande

Vom Schwarzwald. Wenn auch die Regen- und Schneefälle jetzt nachgelassen haben, so ist doch immer noch eine empfindliche Kälte vorherrschend. In manchen Stellen sank das Thermometer zur Nachtzeit auf 7 Grad unter Null. Die Gefahr für die jungen Saaten wird dadurch immer größer. Wärmere Witterung ist jetzt dringend nötig.

Verabreichung von Schaufensterauslagen. Aus vielen Städten, so Forstheim, Mühlberg u. a. laufen Nachrichten ein, daß die Verabreichung von Schaufensterauslagen außerordentlich zunommen habe, ja geradezu zu einer Landplage werde. Die verurteilten Schanden belästigt sich auf Hunderttausende.

Kleine Mitteilungen. Die 22jährige Tochter des Feldbüblers **Anton Zopf** in Watterdingen (Amt Engen) wurde vor einem Schwanz bewußtlos aufgefunden. Vermutlich hat sich, als sie Kletter in den Schwanz hängen wollte, der dort aufbewahrte Revolver, den der Vater zu seinem Dienst benutzt, auf unangeführte Weise entladen. Der Schuß hat das Mädchen oberhalb des linken Auges in den Kopf getroffen. — Bei der **Stodburger Wühle** und bei **Refersell** (Amt Billingen) wurde auf dem Bahnhöfchen der Leiche eines Mannes gefunden, dessen Kopf vom Kumpf abgetrennt war. Eine Monatsfahrkarte lautete auf den Namen **Karl Obergfell**, doch ist die Persönlichkeit des Toten noch nicht einwandfrei festgelegt, ebensowenig, ob es sich um Unfall oder Selbstmord handelt.

Heidelberg, 26. April. Die Polizei hat acht Personen wegen **Salvarfamischung** verhaftet und zwar einen **Gasuhrschreiber**, einen **Opfiker**, einen **Kolthandsarbeiter**, einen **Wasserfchmier**, einen **Zigarettenhändler**, einen **Wäcker**, einen **Jahrschnur** und einen **Bäder**. Die Ware im Wert von 10 000 M wurde beschlagnahmt.

Heidelberg, 22. April. Wie wir früher gemeldet haben, hat die **Ortskrankenkasse** in Heidelberg das Hotel „**Viktoria**“ in Seeheim an der Bergstraße (Hessen) gekauft, um es als **Erholungsheim** einzurichten. Die Uebernahme ist jetzt bereits am 1. April erfolgt. Der Kaufpreis beträgt 300 000 M, davon entfallen 100 000 M auf die Einrichtung. In dem Anwesen sind etwa 15 Zimmer und die notwendigen Nebenzimmlichkeiten. Das Heim konnte sofort in Betrieb genommen werden. Wenn die Umwandlung in ein Erholungsheim durchgeführt ist, ist Raum für 30 Erholungsbedürftige vorhanden.

Forstheim Amt Engen, 22. April. Zur Aufführung von Quellen für eine **Gemeindewasserleitung** ließ man den **Mühlhelmschenforscher** von **Grabe** auf der hiesigen Gemeindegemarkung suchen. Herr von **Grabe** stellte mehrere **Untergrundströme** fest. Von diesen soll ein **Untergrundstrom** 4 bis 5 Sekundenliter Wasser liefern.

Das beste Küchenhilfsmittel ist **MAGGI'S Würze**

Vorteilhaftester Bezug in Flaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten **Plombenverschluß**.

In Reinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb in Billigkeit.



Mannheim, 26. April. Die hiesige Polizei verhaftete gestern einen Denkmaler wegen Verdachts des Raubmordes an dem Gemeindefreier von Hambach.

Mannheim, 26. April. Selbstmord. Eine Kellnerin sprang am Samstagabend 11 Uhr in den Rhein und ertrank. Die Leiche konnte bisher nicht gebadet werden.

Florsheim, 26. April. In der Nacht zum 24. ds. Mis. wurde neuerdings in der Durlacherstraße und Umgebung in drei Schmuckwarenfabriken eingebrochen und wertvolles Material gestohlen.

Philippsthal, 26. April. Die Zunderdiebstähle in Waghäusern ziehen immer weitere Kreise in Mitleidenschaft. So wurden gestern nachmittag bei einem hiesigen Bürger mehrere Säcke (man spricht von circa 13) von der Gendarmarie beschlagnahmt. Auch sollen noch mehrere Personen beteiligt sein.

W. Die Heiratstube. In Ottenhöfen (Amt Albern) haben zur selben Stunde drei Geschwister geheiratet, während ein vierter Geschwister mit seiner Erkrankung am Hochzeitsfeste sah.

Niederwinden (Amt Emmendingen), 26. April. Bei Dacharbeiten ist der Landwirt Anton Göttinger abgestürzt und war sofort tot.

Sunthausen b. Donaueschingen, 26. April. Die im Interesse des Wiederaufbaus unseres durch Feuer zum großen Teil zerstörten Dorfes zu besprechenden Fragen wurden hier in Anwesenheit des Regierungsverwalters Ministerialrat Prof. Dr. Eitzenhader erörtert. Die weitere Behandlung der Einzelfragen wurde in die Hand eines Bau-Ausschusses gelegt, dem Vertreter der Behörden, der Privatarchitektenzunft und des Vereins bauliche Heimat angehören. Sämtliche Beteiligten waren darin einig, daß die abgebrannten Gebäude in möglichst zweckmäßiger, billiger und schöner Weise tunlichst bald wieder aufzubauen sind.

Konstanz, 26. April. In unserem am 25. April gebrachten Bericht über den 14. Verbandstag der hiesigen Freireisler sind uns infolgedessen ein Irrtum unterlaufen, als wir bezüglich der Abstimmung über die Sonntagstrübe berichteten. 1412 Stimmen waren gegen die Sonntagstrübe abgegeben worden. Wie uns der Vorsitzende des Landesverbandes hiesiger Freireisler mitteilt, hatten sich bei der vom Arbeitsministerium veranstalteten Abstimmung von den etwa 2000 Freireisler Baden 1412 für die allgemeine Sonntagstrübe und 324 dagegen ausgesprochen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 27. April.

Geschichtskalender

27. April. 1920 Ablehnung der Weisereinträge in der deutschen und preussischen Nationalversammlung. Annahme in Bismarck. — 1920 Einheitsgemeinde Groß-Berlin beschlossene.

Karlsruher Parteinarichten

Sozialdem. Partei des 5. Kreises. Die für heute Mittwoch nachmittag abgeraumt gewesene Vorstandssitzung muß verschoben werden. Frauenversammlung. Die Genossinnen werden ersucht, für die morgige Frauenversammlung eifrig zu agitieren. Das Thema „Fürsorgemein oder Wohlfahrtspflege“ ist für alle Frauen von Interesse. Deshalb auf in die Versammlung!

Partei-Versammlung

Die gespannte politische Lage erfordert, daß die Parteigenossen und Genossinnen darüber genügend orientiert sind. Deshalb beruft die sozialdemokratische Partei auf Freitag abend 7 1/2 Uhr in den „Auerhaus“ eine Mitgliederversammlung ein, in welcher Gen. Schöpfkin, der zurzeit im Reichstag weilt, über

„Die schicksalsschwere Lage der deutschen Republik“ sprechen wird. Parteigenossen und Genossinnen, erscheint zahlreich.

Appell

Hast du auch deinen Steuerbogen genau und richtig ausgefüllt? Und nicht etwa den Staat belogen, daß Du alles nach Behebung brüllst? Ich möchte wetten, mein Verehrter, daß du doch zu gemogelt hast, und als Gewissens-Inbegriff nur angabst, was dir grab gepaßt. Es schert dich sicher keine Bohne, ob du das Vaterland betraust, Indessen du die zweifelhafte Dies bei Privatrat nicht erlaubst. Dabei wirst du dich gern ereifern Ob der gesunkenen Volksmoral; — Mein Freund, halt andre zu begeistert, Greif dir ans Herz, halt's Maul und zahl! Ferdinand Madlinger.

Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend Karlsruhe

Letzten Donnerstag fand im neuen Heim der Karlsruher Arbeiter-Jugend, im Nebenraum des Restaurant Albenberger die jährliche Generalversammlung statt. Der Besuch der Versammlung war, wie der aller Veranstaltungen in letzter Zeit, ein recht guter. Den Jahresbericht gab Jugendgen. Gramlich; er gab in erschöpfender Weise einen Überblick über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Leitung der Arbeiter-Jugend bemüht war, zur Weiterbildung, Erziehung und Unterhaltung der Jugend alles nur Mögliche zu tun. Es fanden 100 Zusammenkünfte mit Ausflügen statt; veranstaltet wurden 33 Vorträge, darunter 6 mit Lichtbildern, Wanderungen und Spaziergänge wurden 31 gemacht; außerdem fanden eine Anzahl Führungen und Besichtigungen von industriellen Betrieben, Museen und Ausstellungen statt, sowie einige Veranstaltungen geselliger und unterhaltender Art. Die Besucherzahl sämtlicher Veranstaltungen betrug 6064, 3527 männliche, 1269 weibliche und 268 Erwachsene, im Durchschnitt 50 Teilnehmer auf jede Veranstaltung. Der Vorstand erledigte seine Arbeit in 13 Sitzungen. — Bezüglich des Mitgliederstandes war der Bericht wenig erfreulich. Es will in der Arbeiterjugend nur langsam vorwärts gehen. Der Fehler liegt hier daran, daß den stets zahlreichen Anmeldungen fast ebenso zahlreiche Abmeldungen gegenüberstehen. Es hält schwer, den Jungen oder das Mädchen an den Verein zu fesseln; hat allerdings der junge Freund oder die junge Freundin sich eingelebt, dann nimmt der Arbeitseifer und die Vereinstätigkeit die Arbeiterjugendliche ständig zu. Es wäre Aufgabe der Arbeitserleiten, hier mitzuhelfen, daß die Söhne und Töchter nicht in den ersten Wochen schon wieder abspringen. Wie überhaupt ein weit größeres Interesse der Arbeiterschaft für die Arbeiterjugend zu wünschen wäre als bisher der Fall war. Wir können keinen Genossen und keine Genossin für einen wirklich überzeugten Sozialisten halten, wenn es ihnen

gleichgültig ist, wo die Söhne und Töchter ihre Erziehung in den entscheidungsvollsten und wichtigsten Entwicklungsjahren erfahren. Die Arbeiterjugend darf verlangen, daß man sie beahndelt, sie verlangt kategorisch von den Partei- und Gewerkschaftsossen, daß sie ihre Kinder ihr zuführen, denn was sie leistet, was sie bietet ist gut und einwandfrei und braucht nicht im mindesten das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes gab es verschiedene Aenderungen, da einige bisherige Mitglieder eine Wiederwahl ablehnten. Gen. Redakteur Winter, der als Vertreter der Partei dem Vorstande angehört, nahm Veranlassung, den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern, vor allem dem bisherigen Vorsitzenden Leop. Turek für die in der Jugend geleistete Arbeit herzlich zu danken. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde Jugendgen. Fritz Gramlich gewählt, zur 2. Vize Rosa Giese, Kassierer Elsa Müdert, Schriftführer Abel, Bibliothekar und Spielführer Berner und Krause, zu Beisitzern Butins, Riesling, Graf, Schwab, Brenner, Gertha Erb. — Wäge unter der neuen Leitung der Verein Arbeiter-Jugend ebenso tüchtiges und Gutes leisten, wie es bisher der Fall war. Wäge die Jugend aber auch in der Arbeiterschaft die Beachtung finden, die sie verdient!

Verbraucherschutz und Staatsanwalt

Unter vorstehender Ueberschrift geben wir in Nr. 84 unseres Blattes einer Einfindung Raum, in welcher der Staatsanwaltschaft unter Berufung auf einen speziellen Fall mangelnde Unternehmung der Preisprüfungsämter in der Bekämpfung der Preisverdrängung vorgeworfen wurde. In einem Schreiben an uns wendet sich die Staatsanwaltschaft gegen diesen Vorwurf und gibt eine eingehende altentwähliche Darstellung vom Sachverhalt des angeführten Falles. Wir entnehmen derselben folgendes:

Am 26. Oktober 1920 wurde beim Metzgermeister Schneider, Erdbrunnstraße in Karlsruhe, 1/2 Pfund Mettwurst gekauft, wofür er 16 M verlangte. Der Käufer beanstandete den Preis, da als Höchstpreis 2 M für das Pfund festgesetzt sei. Hierauf erwiderte Schneider: „Wer nicht zahlen kann, braucht keine zu essen oder soll sie liegen lassen“. Die Metzgerei steht nicht zweifelsfrei fest. Die Anzeige wurde von dem hiesigen Preisprüfungsamt Karlsruhe an die Staatsanwaltschaft Karlsruhe abgegeben, die durch die Kriminalpolizei sowohl Käufer wie Verkäufer vernommen ließ. Schneider betritt sich zur Rechtfertigung des Preises darauf, daß er für das Schweinefleisch, das er zu der Wurst verwendet habe, 21 M für das Pfund habe bezahlen müssen, und daß die von ihm verkaufte Mettwurst weit besser sei, als die in den anderen Metzgereien zu dem Preis von 2 M verkaufte. Die Staatsanwaltschaft betrat in ihrem Schreiben die Auffassung, daß der Preis von 21 M für die tatsächlich bessere Wurst nicht gelten könne. Dieser Auffassung schloß sich auch das Landespreisamt an. Das Landespreisamt hat dann weiterhin durch seine Organe auch festgestellt, daß tatsächlich Schneider das Schweinefleisch für 21 M bezogen hat. Darauf wurden weitere Erhebungen über den hohen Preis beim Viehhändler gemacht. Die Firma berief sich ihrerseits darauf, daß sie die Schweine in Hamburg gekauft habe und für das Pfund Lebendgewicht 14—15 M habe bezahlen müssen. Diese Angabe der Firma wurde durch Anfrage bei der Polizeibehörde Hamburg nachgeprüft und zwar durch Einschickung der Bücher des von der Firma benannten Viehkommissionärs. Hierbei ergab sich zunächst, daß die Firma von der Hamburger Firma erst im Dezember 1920 Vieh erhalten hat, während die verkaufte Mettwurst aus einer Schlachtung vom Oktober 1920 herrührt. Es war deshalb nochmals eine Nachfrage sowohl bei Schneider, als in Hamburg erforderlich, da Schneider nunmehr angab, daß er selbst die Schweine in Hamburg gekauft habe und im Oktober 1920 14—15 M für das Pfund Lebendgewicht habe bezahlen müssen.

Durch diese Erhebungen trat eine Verzögerung ein. Das Landespreisamt aber fand und steht auf dem Standpunkt, daß im Interesse unserer Bevölkerung eine genaue Feststellung des Sachverhaltes erforderlich war. Ein Verdict kann deshalb u. E. das Landespreisamt nicht treffen. Auch war das Verhalten der Staatsanwaltschaft infolgedessen durchaus korrekt, als ein Vergehen gegen die Preisverdrängungsordnung seitens des Schneiders bei dem Einkaufspreis von 21 M für das Pfund Schweinefleisch nicht nachweisbar war.

Nach all dem oben Geschilderten verhält sich also der Fall anders wie in der Zuschrift in Nr. 84 dargelegt worden ist. Insbesondere kann davon keine Rede sein, daß Landespreisamt und Staatsanwaltschaft der Preisprüfungsstelle nicht genügende Unterstützung hätten zuteil werden lassen. Auch die übrigen in der Zuschrift an diesen Fall angeknüpften kritischen Bemerkungen sind natürlich gegenstandslos geworden.

m. Einigung in Karlsruher Schneidergewerbe. Durch Annahme des Vermittlungsvorschlages des Schlichtungsausschusses von den Vertragsparteien beträgt der Stundenlohn in der 1. Klasse 5.20 M, 2. Klasse 5 M, 3. Klasse 4.80 M ab 4. April und ist damit der Friede im Schneidergewerbe gewahrt worden.

Im Besitze des Millionenfabrikanten Julius Mosch fand man bei seiner Verhaftung noch 700 000 M bares Geld, in seinen Reiseskoffen hatte er noch wertvolles Schmuck. 150 000 M hatte er der Dirne Käthe Wobdenlat gegeben, die davon etwa 80 000 M verbraucht hatte.

Renovierungen im Volkstheater. Am 1. Mai treten verschiedene neue Vorrichtungen im Volkstheater in Kraft. Die Aufschrift aller Briefchen muß jetzt den Langseiten des Umschlages gleichgerichtet sein. Sie werden sonst von der Besichtigung ausgeschlossen. Wenn auf Paketen die Aufschriften oder Aufgabebettel schief liegen, müssen Paketen verworfen werden. Diese müssen wenigstens 12 Zentimeter lang und 8 Zentimeter breit sein; die Rückseite ist für das Bekleben mit dem Aufgabebettel freizulassen. Zur Verhütung des Abreißens der Paketen aus Pappe oder ähnlichen Stoffen sind die Oesen durch eine haltbare Einfassung zu schützen. Die Rücksendung von Postpaketen mit dem Vermerk „Wenn unbestellbar, zurück auf meine Gefahr“ wird in Zukunft der Einschränkung unterliegen, daß die Beschaffenheit des Paketes eine solche auch zuläßt. Weiterhin wird die Höchstgrenze für Postauftragsbeträge auf 5000 M (bisher 1000 M) festgesetzt. Unabhängig von der Größe eines Poststückchens wird in Zukunft für diese eine einheitliche Gebühr von 12 M erhoben. Briefmarken zu 10 und 20 M will die Reichspost jetzt neu einführen. Wegen der Gebührenerhöhung sollen außerdem Marken zu 1 M 20 S und 1 M 60 S eingeführt werden. Wegen Entbehrlichkeit sollen die Marken zu 20 S, 75 S und 1 M nicht wieder hergestellt werden. Die Pünktlichkeitsmarken wird als Ergänzungswert beibehalten. Wieder ausgegeben werden die Marken zu 25 S und zu 3 M. Die Herstellung der neuen und der wieder nötigen alten Marken wird von der Reichsdruckerei beschleunigt.

Der Allgemeine Kohlenverein Karlsruhe hielt am Samstag, den 26. April, seine diesjährige Generalversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Bei der stattgefundenen Vorstandswahl wurden die Alten wiedergewählt. Der Verein, der dieses Jahr nach bereits dreijähriger Pause, seine Tätigkeit wieder aufnehmen will, mußte durch den Druck eines anderen Kohlenvereins seinen Namen ändern und heißt nun an: Gemeinnütziger Kohlenverein Karlsruhe. Der Verein macht es sich zur Pflicht, die Mitglieder, nach Lage des Kohlenmarktes und der bestehenden Verhältnissen, mit guten Kohlen zu bedienen. Anmeldungen werden jederzeit bei J. Kries, Büchstraße 22, und Jakob Wolf, Humboldtstraße 13, entgegengenommen.

Bestwechsel. Das Anwesen des verstorbenen Metzgermeisters Friedrich Ebbe, Sofienstraße 26, wurde durch dessen Erben an Metzgermeister Hermann Schott hier um den Preis von 400 000 M verkauft. Dieser verkaufte sein Anwesen Büchelstraße 23 um 150 000 M an Metzgermeister Wilhelm Fritz.

Der Reiterverein Karlsruhe will seine Tätigkeit alsobald wieder aufnehmen. Es wurde in einer Besprechung interessierter Kreise beschlossen, am Sonntag, den 2. Oktober 1921 anlässlich der „Karlsruher Festwoche“ auf den Rennwiesen bei Müppurr ein Pferdebekennen und am Montag, den 3. Oktober einen Pferdemarkt hier zu veranstalten. Ein Arbeitsausschuß wird die Vorarbeiten in die Hand nehmen.

Johann Strauß, der Sohn des Walzerkönigs, wird Montag, den 2. Mai, in der hiesigen Festhalle ein Dirigentengastspiel absolvieren und vollständige Wiener Musik zum Erlingen bringen. Die Kartenausgabe besorgt wieder die Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Erlebnisse im bolschewistischen Rußland. Man schreibt uns: Am Freitag abend 8 Uhr wird im Auftrage der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ Herr Prof. Schlarb-Petersburg über seine Erlebnisse im bolschewistischen Rußland sprechen. Er schildert als Augenzeuge die Völkerverwilderung der revolutionären Bewegung und geht auf das ein, was er selbst unter der bolschewistischen Herrschaft miterlebte. Seine fesselnden und anschaulichen Ausführungen vor allem geben dem deutschen Volke einen Fingerzeig, in welche Tiefen es stürzen würde, wenn es sich dem Bolschewismus unterwerfen würde.

Der Stadtpark

In den städtischen Betrieben, die zu ihrer Verwaltung und Instandhaltung einen in den letzten Jahren immer höher steigenden Aufwand an der Stadtkasse benötigten, gehören auch die Festhalle und der Stadtpark. Trotzdem die Mieten der Festhalle und die Eintrittspreise in den Stadtpark gegenüber einer bedeutenden Erhöhung erfahren haben, reichen die Einnahmen, die daraus erzielt werden, bei weitem nicht aus, um die Betriebskosten zu decken. Am diesjährigen Voranschlag wird mit einem Zuschuß aus der Stadtkasse für die Festhalle im Betrage von 165 000 M und für den Stadtpark von 732 000 M zu rechnen sein, für beide Betriebe also zusammen etwa 900 000 M. Daß diese gewaltige Summe auf der einen Seite durch so schwachen Stadtkasse schwer lastet, bedarf keiner weiteren Betonung. Ein Abwälzen des Festbetrags auf die Besucher der Festhalle und des Stadtparks, wie es z. B. bei der Straßenbahn und den städtischen Betrieben der Fall ist, ist einfach ausgeschlossen, denn um die 900 000 M zu decken, müßten die Mieten für die Festhalle und die Eintrittspreise für den Stadtpark auf eine Höhe festgesetzt werden, daß es weder für einen Verein noch für die einzelnen Besucher möglich wäre, einen derartig hohen Betrag aufzubringen. Haben doch schon die letzten Erhöhungen von Miete und Eintrittspreisen eine ziemlich Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Abgesehen davon, daß es nicht angeht, den Stadtpark lediglich als Vergnügungsort zu betradten, die zu besuchen eben der, der „früher nicht leisten kann“, einfach unterlassen soll, sondern vielmehr dieses schöne Stückchen Erde, das mit zu den schönsten derartigen Anlagen in Deutschland gerechnet wird, eine ausgesprochene Erholungsstätte für Tausende und Abertausende Einwohner unserer Stadt ist, die hier Ruhe und Rast, Körperliche und geistige Auffrischung sich täglich holen. Und der Stadtpark dient diesem Zwecke jetzt in noch viel höherem Maße, als es die so hohen Eintrittspreise den Menschen immer mehr unmöglich machen, hinaus in die Berge und Wälder der Heimat, des Schwarzwaldes zu ziehen. Eine Erhöhung der Preise über eine gewisse Grenze hinaus ist nur möglich auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung.

Es mußte also ein anderer Weg gesucht werden, um den Festbetrug in noch einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Die Stadtverwaltung will es einmal mit dem Grundsatze des tüchtigen Geschäftsmannes versuchen: die Masse muß es bringen! Sie will durch jede aller Art künstlerische Veranstaltungen, durch Ausbau der Konzerte, die Masse der Bevölkerung in den Stadtpark bringen und dadurch die Einnahmen steigern, das Defizit vermeiden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Verwirklichung dieses Planes von Erfolg begleitet sein wird, wenn einigermaßen das Wetter das Jahr über ein Einsehen hat, und nicht jedesmal der Himmel seinen — Regen (nicht Genuß) dazu gibt. Zumal die Oberleitung dieser städtischen Veranstaltungen in den Händen des Leiters, des Städtischen Verkehrsweßers, Herrn Kammerdirektor Lacher, liegt, der hierzu eine große Erfahrung, reiches Wissen und auch — was mit dazu gehört — den künstlerischen Geschmack mitbringt. Die Stadtparkkommission hat dem von Herrn Direktor Lacher entworfenen Programm bereits zugestimmt, der Stadtrat dürfte wohl auch mit einverstanden sein. Wir können aus dem Vollen und Schönen, was den Sommer über geplant ist, folgendes mitteilen. Im Mai soll ein Frühlingsfest mit Sommerkonzert stattfinden; im Anschluß an dies Fest soll eine Sperrung der 1200 teilnehmenden Kinder in der Festhalle stattfinden; durch das Entgegenkommen der Quader können Katao und Brötchen gratis verteilt werden. Im Juni finden zwei große Konzerte vorzugehen. Am ersten Feiertag wird der Gesangsverein „Santita“ mitwirken, der sein fünfzigjähriges Jubiläum feiert, seine der aus diesem Anlaß in Karlsruhe weisende Männergesangsverein führt. Am zweiten Feiertage wird ein Feuerwerk auf dem See abgebrannt werden. Im Juni findet das übliche Johannistfest statt, im Juli ein Sommerachtsfest, im August ein Herbstfest mit Feuerwerk, im September ein Herbstfest und wieder eine bauliche Woche. In der Festhalle sollen eine Reihe künstlerischer Veranstaltungen stattfinden, im Konzertsaal wird während der Theaterferien die Operette und das Lustspiel einziehen, außerdem sind auch hier eine Anzahl künstlerischer Veranstaltungen, Konzerte, Langabende usw. geplant. Die Brunnenturen sollen demnächst wieder aufgenommen werden. Neben diesen besonderen Veranstaltungen bleiben natürlich die üblichen Werktag- und Sonntagkonzerte — ein Teil wird auf den Abend verlegt — weiter bestehen; es teilen sich hierin das Harmonieorchester, die Feuerwehr- und Bürgerkapelle und der Musikverein Karlsruhe.

Das Programm, das hier aufgestellt ist, ist also reichhaltig. Die Leitung des Herrn Direktor Lacher und mit ihm die Stadtverwaltung verdienen, daß alles, was geplant wird, eine gewisse künstlerische Höhe erreicht; daß alles gut und geordnet sein wird. Auch die Eintrittspreise sollen sich in mäßigen Grenzen bewegen; es sei noch erwähnt, daß auch fogen. billige Tage und Abende eingeführt werden sollen. Wir dürfen also hoffen, daß unter Stadtpark in diesem Jahre in noch höherem Maße als früher eine Erholungs- und Vergnügungsstätte für die gesamte Karlsruher Bevölkerung werden wird.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100 in G. Das gesamte Einkommen muß laut Gesetz versteuert werden. Ueberstunden und sonstige Entschädigungen zählen auch zum Einkommen. J. W. Grünwieserbach, Südbendstraße 28, 1.

Tuch-Ausstellung in 5 Schaufenstern mit Preisangabe ab 1. April 110, 120 M Wilh. Wolf jr. 130, 160 M Kaiserstrasse Nr. 82 a Ecke Lammstrasse.

Seite 4
blage nebst
Einheit ge-
follen, um
damit 15.
ung des
n Gemein-
eingeladen,
sorge zur
elammer
beitsmini-
und die
unf aus,
Arbeitsge-
die jetzt
süsse. Sie
hen, selbst
heraus-
gebrannt
urch Erzie-
die auch
ragen.
iesen, daß
irtschafts-
auch eine
gigen, vor-
ung der
in Betracht
Frachten,
uerpolitik.
e mochen
unzuregen-
bestalt der
ben aber
s, wie es
bisherige
mit sich
n mochen.
n Beginn
ragen zur
onie von
st stellen.
roduktion
enheim —
auch mit
smaße in
nsmünzung
e. darauf
ie Wohn-
hne die
n weiter
n weitere
n Berlin.
Stadter-
n Industrie.
ung des
keinen
beitgeber
be haben
it in die
Schnee-
eine empfan-
das Ge-
z. Wär-
en Städt.
ein, daß
ich zuge-
Der ber-
selbsthüters
urde vor
ich, als
bewährte
n unan-
berhall
ndburger
n Wohn-
pf vom
auf den
ten noch
n Unfall
Personen
auszure-
n Wapen-
0 000 M
n haben,
n Victoria“
als Er-
eis am
von ent-
n sind
stheiten.
Wenn
ist, ist
ung von
n Bin-
narkung
me fest.
Denkmal

Sunlicht Seife

in althergebrachter, unveränderter u. erprobter Beschaffenheit

— genau wie früher aus besonders ausgewählten hochwertigen Rohstoffen mittelst einer Spezial-Fabrikations-Methode aufs sorgfältigste hergestellt — ist wieder in allen einschlägigen und berufenen Verkaufsgeschäften erhältlich.

Die Kriegserfahrungen haben der fürsorglichen und einsichtigen Hausfrau den untrüglichen Beweis erbracht, daß nur

Keine Seife

das wirksamste, zuverlässigste und vor allem allein unschädliche Reinigungsmittel

für die Wäsche ist und vorerst bleibt.

Sunlicht Seife

ist reinste Seife!

Sie hat vor allen gewöhnlichen Seifenorten den großen, unschätzbaren Vorzug absoluter, stets verbürgter Neutralität. Sie ist also frei von dem üblichen, der Wäschefaser schweren Schaden bringenden Uebermaß an Alkali oder anderen scharfen chemischen Bestandteilen. Die weise Hausfrau wendet sich deshalb von den minderwertigen Seifen und Waschmitteln in dem Augenblick ab, mit dem ihr wieder

die echte Sunlicht Seife

geboten wird, und kehrt dankbar zu ihrer alterprobten Marke zurück, denn diese bietet Schutz und Rettung für die letzten karglichen Reste der Leib- und Haushaltungswäsche der Familie.

Sunlicht Seife

mit ihrer hohen, unerreichten Schaumkraft und Ausgiebigkeit, ihrer schnellen, ohne mechanischen Druck zu erzeugenden leichten Löslichkeit und absoluten Neutralität,

schont die Wäsche, spart Geld und Arbeit!

Bei richtiger Abmessung der Eigenschaften bedeutet also der durch die wesentlich höheren Herstellungskosten bedingte, etwas teurere Einkaufspreis tatsächlich keinen größeren geldlichen Aufwand.

Sunlicht Seife bringt der Hausfrau unberechenbaren Vorteil und wird deshalb immer ein billiges und vorteilhaftes Waschmittel sein.

Mannheim-Rheinau

Sunlicht Gesellschaft A. G.

Kohlen-Versorgung!

Bei der Firma **C. F. Werner, Gaggenau** Eisen- und Kohlenhandlung, werden Neu- und Altmeldungen aus Gaggenau und Umgebung für die Versorgung mit

Kohlen, Briquets und Rohs im Wirtschaftsjahr 1921/22 bis zum 1. Mai a. c. entgegengenommen. (Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Es wird gewissenhafte Versorgung in nur besten Qualitäten zugesichert. 3857



Rich. Kittel

Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten 1, Hauptbahnhof
Telephon 2540. 3930
Moderne Zimmer-Uhren.
Billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl.
Reparatur-Werkstätte.

Badisches Landestheater. 1019

Mittwoch, den 27. April, 4 1/2 - 1/2 10 Uhr. Mk. 17.—
Der Ring des Nibelungen I. Tag: Siegfried.



Pokale, Becher und Sportfiguren
große Auswahl eingetroffen empfiehlt

Christ. Fränkle
Karlsruhe
Kaiserpassage. 3012

Färbe zu Hause

nur mit **Heitmann's Farben**
Marke „Fuchskopf im Stern“
Einfach-Praktisch-Billig!

Ia vollfette Käse, ff. Wurstwaren

Teigwaren - Eier
Gemüse-Konserven
Butter u. Margarine

L. Wittmann (vorm. Lieb)
Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. — Tel. 2563.

Vielleicht

sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgetränkles mit einem Kranzfang herein gefallen und deshalb so mißtrauisch? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Dreifache mit Origin-Anerkennungen formen. — Viele täglich einlaufende Anerkennungen. :-

Robert Hof, Ettlingen 58
Seidelbeer-Verband.
Niederlagen in Karlsruhe bei: C. Deubler, Nachfolger, Drogerie, Angartenstr. und Emil Busch, Forststr. 90.

1/2 Stunde vertigen Garantie

Sie nutzen **Gänse-Plage** auch Blöde f. Brut (Nissen) d. Menschen u. Tieren mit **Orfolda**. Für Wunden und Haare unschädlich. Herk.: Erste Behd. Angeseher-Verilgungs-Kunstl. Essen. Zu haben in Karlsruhe i. B.: Mappes & Kluge, Kaiserstr. 86 — Eito Schwarz, Rajanenktr. 17.

Geschäfts-Eröffnung.

Meiner werten Kundschaft zur Mitteilung, dass ich ab Donnerstag, den 28. April, das Geschäft **Ecke Essenwein-u. Sternbergstraße** neu eröffnet habe und empfehle sämtliche **Kolonialwaren, Wurstwaren, Confitüren** sowie jeden Donnerstag **frische See-Fisene** zu den billigsten Tagespreisen ferner **Rauchwaren, Obst, Gemüse, prima Käse**
Frau **Luise Götz Wwe.**
Sternbergstrasse 9, vorm. Ludwig-Wilhelmstr.